Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 63 (1971)

Heft: 3

Artikel: Probleme der ausländischen Arbeitskräfte

Autor: Ducommun, Charles-Frédéric

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354491

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

ZWEIMONATLICHE BEILAGE: «BILDUNGSARBEIT»

HEFT 3 – MÄRZ 1971 – 63. JAHRGANG

Probleme der ausländischen Arbeitskräfte

Dr. Charles-Frédéric Ducommun, bis vor kurzem Mitglied der Generaldirektion der PTT, ist vom Bundesrat zum Präsidenten der «Permanenten Konsultativkommission zur Behandlung des Ueberfremdungsproblems» ernannt worden. An der ersten Sitzung dieses Gremiums hielt C. F. Ducommun ein einleitendes und grundsätzliches Referat, das die «Gewerkschaftliche Rundschau» im Wortlaut abdruckt.

Was können wir zu Beginn – unabhängig von unserer persönlichen Meinung – als gegebene Tatsachen hinnehmen? Soviel steht fest: In unserem Land befinden sich ungefähr eine Million ausländischer Arbeitskräfte. Aber hier muss ich gleich eine Bemerkung – sozusagen in Klammern – einschalten, die uns später nützlich sein wird:

Mehr als tausend schweizerische Unternehmen beschäftigen im Ausland beträchtliche Kontingente an Arbeitskräften, die nicht Schweizer sind. Alle Angestellten und Arbeiter, die ausserhalb der Schweiz unter der Leitung von Schweizern in schweizerischen Betrieben arbeiten, ergeben zusammengenommen eine überraschende Zahl von mehreren hunderttausend Menschen.

Addiert man diese beiden «Fremdenlegionen», die im Inland und die im Ausland, und fügt man noch die Frauen und Kinder dieser Arbeitskräfte hinzu, so ergibt sich eine nichtschweizerische Bevölkerung unter Schweizer Leitung von annähernd 3 Millionen Seelen. Gemessen an ihrer Bevölkerungszahl – nicht der Einwohner, sondern der Staatsbürger – ist die Schweiz sicherlich das imperialistischste Volk der Erde. Pro Kopf der Bevölkerung besitzt der Schweizer im Ausland doppelt so viel und noch mehr an Investitionen als der Bürger in den Vereinigten Staaten. Zur Erklärung unserer ausgeglichenen Zahlungsbilanz hat man die scherzhafte Formulierung gefunden: «Schweizer sind Leute, die das Geld durchs Fenster werfen, allerdings von aussen nach innen.»

Weil wir somit also ein Volk der Kader und Führungskräfte geworden sind, besitzen wir neun Universitäten und eine beachtliche Zahl technischer Lehranstalten und Hochschulen. In seinem letzten Werk hat Lorenz Stucki darüber ausführlich berichtet. Das ist auch

der Grund dafür, dass wir ein Volk von «Männern mit weissem Kragen» werden und dass wir anderseits die «Leute im blauen Ueberkleid» importieren müssen.

Wegen der Probleme, die uns das Zurückgreifen auf ausländische Arbeitskräfte stellt, nehmen zahlreiche Betriebe eine beschleunigte Verlegung ihrer Fabrikation ins Ausland vor, mit der Tendenz, von der Schweiz aus nur noch Prototypen und Modelle zu liefern. Direktexport also unserer geistigen Kapazität, des schöpferischen Denkens, das übrigens sehr teuer verkauft wird.

Mehr noch: Bestimmte Schweizer Betriebe, die nicht mehr über genügend technische Mitarbeiter verfügen, verzichten sogar auf die Herstellung von Prototypen und verkaufen nur noch die Abstraktion, das heisst mathematische Studien und Forschungen. Sie exportieren Berechnungen. Es ist also wesentlich für die Schweiz, dass sie ihre geistige Kapazität im Land behält.

Wenn man im übrigen von ausländischen Arbeitskräften spricht, darf nicht vergessen werden, dass sie 9 Prozent unseres Bestandes an Aerzten, 25 Prozent des Bestandes an Ingenieuren und fast 40 Prozent unseres Bestandes an Physikern stellen. Man kann also nicht mehr gut behaupten, wir importierten Proletarier und exportierten dafür unsere geistige Elite.

Ich möchte mit all dem nicht sagen, man müsse dieses doppelte Phänomen der Verpflanzung von Fabrikationsbetrieben einerseits und der fortschreitenden Intellektualisierung anderseits noch erweitern. Meine Rolle besteht ja nur darin, mich auf die Feststellung von Tatsachen zu beschränken und eventuell auftretende Elemente eines Problems aufzuzeigen, das für die eine oder andere der drei oder vier Gruppen akut werden könnte, die sich in die riesenhafte, sozusagen unermessliche Aufgabe teilen wollen, die uns übertragen ist.

Nun noch eine andere wichtige Feststellung:

Die schweizerische Geburtenziffer ist unzureichend: 1960 zählte man in unserem Land auf zehn Schweizer Kinder unter 16 Jahren ein Ausländerkind. Heute entfällt auf vier Schweizer Kinder bereits ein Ausländerkind! Auch hier beschränke ich mich lediglich auf eine Feststellung.

Dazu ist noch zu bemerken, dass Schweizer Eltern – glücklicherweise – ihre Kinder dazu zwingen, eine Berufslehre zu absolvieren. Daraus erklärt sich das nahezu völlige Verschwinden von schweizerischen ungelernten Arbeitern. Befragt man nun aber in unseren Schulen Italiener- oder Spanierkinder, so hört man einstimmig die Antwort: «Wenn ich gross bin, werde ich nicht Handlanger wie mein Vater.»

Es erübrigt sich, die unabsehbaren Folgen darzulegen, die eintreten, wenn in einer nicht allzu fernen Zeit diese Kinder sich in unsere Volkswirtschaft eingliedern. Es ist ein Riesenproblem, das auch

im Hinblick auf einen eventuell eintretenden Konjunkturrückgang überdacht sein will.

Am Schluss dieser Einleitung, glaube ich, müssen wir uns alle darüber klar sein, dass wir allem Anschein nach auch noch in einer ferneren Zukunft ausländische Arbeitskräfte benötigen, und zwar in einem Grössenverhältnis, das zu bestimmen nicht meine Aufgabe ist. Dank ihrer Anwesenheit sind wir jedenfalls ein wenig wohlhabender als früher, und es fragt sich nur, ob in der besonderen Sicht eines jeden von uns diese Entwicklung als glücklich oder verhängnisvoll erscheint.

Neben diesem wirtschaftlichen Fragenkreis stellen sich schwere Probleme menschlicher und sozialer Art, und als drittes, letztes und vielleicht wichtigstes Problem stellt sich die Frage nach den feststehenden Grundwahrheiten unseres staatlichen Lebens, nach seiner künftigen Gestaltung und nach dem Ueberleben unseres Landes. Diese Unterteilung in drei grosse Kapitel (wirtschaftliche, soziale, kulturelle Probleme) sollte, so scheint mir, auch die Grundlage für die Mandatsverteilung in unserer Kommission sein.

Gruppe I: Studiengruppe für Wirtschaftsfragen

Ihre Aufgabe wäre es, ein Konzept des Verhaltens der schweizerischen Wirtschaft zu erarbeiten; sie sollte verschiedene Varianten der industriellen Verpflanzungspolitik sowie der Produktionsauslese und eventuell auch der Prioritäten prüfen. Hier berühren wir u. a. das Problem der traditionellen Alternative zwischen einer Verlagerung von Arbeitskräften oder einer solchen von Kapital. Betriebe, die ihre Fabrikation ins Ausland verlagerten, die also sozusagen den Arbeitskräften entgegengingen, betreiben eine Politik, welche sich innerhalb der schweizerischen Gemeinschaft nicht störend auswirkt und uns im Schweizerhaus vor sozialen Problemen gleichsam abschirmt. (Dieser Gesichtspunkt ist auch für die Gruppe II interessant, da das öffentliche Gesundheitswesen in der Konzentration von Fabrikbetrieben in gefährlich übervölkerten Gegenden der Schweiz eine Bedrohung sieht. Wir werden hierauf später noch zurückkommen.)

Die Konjunkturüberhitzung ist in der Schweiz noch vielmehr virulent als in den meisten unserer Nachbarstaaten. Warum sollten wir also dieses Fieber nicht einfach exportieren? Aber ich fühle mich nicht befähigt, dies zu beurteilen.

Wir kennen die Zufälligkeiten dieser Politik der Entflechtung und wissen, dass sie ein Wagnis darstellt. Es ist schwierig, ein gutes «Investitionsklima» zu finden, sich nahe genug beim Verbraucher zu placieren oder auch in der Nähe der Rohstoffe oder des Arbeitspotentials zu sein. Im Ausland läuft man Gefahr, in politische Ereignisse hineingezogen zu werden (siehe Kuba), man nimmt auch

die Risiken der betreffenden Finanzpolitik mit in Kauf (in Indien stört das Auf und Ab der Zollpolitik die Fabrikationsprogramme).

Da bei uns das Finanz- und Arbeitskräftepotential begrenzt ist, sind einige unserer Mitbürger der Meinung, die schweizerische Wirtschaft könne sich auf die Dauer nicht immer wieder in neue Unternehmen einlassen, und sie stellen die Forderung, dieser Sturzbach müsse kanalisiert werden. So berührt es einen Industriellen im Präzisionsapparatesektor peinlich, wenn ihn seine besten Arbeiter verlassen, um in der Autobranche langweilige Montagearbeit zu verrichten. Und all dies nur wegen der Lohnfrage. Oder da gibt es Arbeiterinnen, die feinmechanische Werkstätten verlassen und in Brauereien oder Tabakfabriken arbeiten, was sich letzten Endes auch auf unsere Zahlungsbilanz nachteilig auswirkt.

Die erwähnten Kritiker sind der Ansicht, man müsse mehr Weitblick zeigen und denjenigen Branchen Prioritäten zugestehen, die ihres Erachtens die Zukunft unserer Kinder in der Schweiz und in der Welt besser gewährleisten. Man sollte – so meinen sie – den Inlandkonsum bremsen, nicht aber den Export, der unsere Hauptlebensquelle darstellt.

Aber kann man in einer von Grund aus liberal gebliebenen Wirtschaft eine derartige Prioritätspolitik überhaupt betreiben, auch wenn es nur der Arbeitskräfte wegen wäre? Würde die demokratische Regierungsform das aushalten? Ein weitgespanntes Problem also, dessen wirtschaftliche Aspekte man noch bis ins Unendliche variieren könnte!

Was die Gewerkschaften betrifft, so sehen sie eine Teillösung des Arbeitskräfteproblems in der Rationalisierung der Betriebe und der Wirtschaft im allgemeinen. Hier sei an den geistreichen Ausspruch eines unbekannten Autors erinnert, der sagte: «Nicht der einzelne Arbeitnehmer ist bei uns zu hoch bezahlt, die Arbeit als Kostenfaktor ist zu teuer!» Rationalisieren ist leichter gesagt als getan; man müsste in Zukunft auf Grund ganz konkreter Fälle auch sagen, was man damit meint.

Aber damit bin ich, so fürchte ich, von dem uns vom Bundesrat abgesteckten Gebiet bereits abgekommen. Sie können mir später Ihre Meinung dazu sagen, aber ich glaube jedenfalls, dass die Bildung einer Studiengruppe für Wirtschaftsfragen, auch mit eher beschränktem Aufgabenkreis, angezeigt bleibt. Sie bleibt es schon auf Grund der Zusammensetzung unserer grossen Plenumskommission, in der die Vertreter der Wirtschaft deutlich in der Ueberzahl sind.

Gruppe II: Studiengruppe für Integrationsprobleme der ausländischen Arbeitskräfte und für Weckung eines sozialen Zusammengehörigkeitsgefühls

Diese Gruppe sollte Lösungen für verschiedene Probleme vorschlagen, die im folgenden Punkt einer allgemeinen besorgten Fra-

gestellung gipfeln: Wie können wir am besten mit dieser Million ausländischer Arbeitskräfte zusammenleben, und wie sie mit uns? Ich stelle mir vor, der Leiter dieser Gruppe wird seine Aufgaben delegieren, ob es sich nun um die Aufnahmepolitik, die Regelung der Saisonaufenthalter, um Assimilierungs- und Integrationsmethoden handelt, um Kindererziehung, Einbürgerungsverfahren, Wohnbaupolitik, berufliche Weiterbildung oder um Empfehlungen an die Arbeitgeberverbände und die Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften in Fragen z. B. der Beförderung ausländischer Arbeitskräfte und des Betriebsklimas. Zur Wohnbaupolitik noch ein Wort: Man nimmt für den Bau von Autobahnen Enteignungen vor. Warum kann man in der Grundstückpolitik nicht ebenso verfahren? Denn schliesslich hat sich auch in bestimmten Arbeiterkreisen erwiesen, dass Autofahren nicht wichtiger ist als Wohnen.

Diese Bemühung um gegenseitiges Verständnis muss nach zwei Seiten hin erfolgen. Ein Werkmeister in einem grossen Betrieb erklärte mir kürzlich: «Ich komme um 7 Uhr in die Fabrik und verlasse sie um 17 Uhr, d. h. nachdem ich neun Stunden lang im Ausland war. Ich bin nämlich der einzige Mechaniker, der deutsch spricht. Wenn der Tag vorbei ist, komme ich endlich wieder in die Schweiz zurück; bei der Arbeit aber bin ich Ausländer. Die anderen haben sich zusammen ihr «Zuhause» geschaffen.»

Denkt man an die Schwierigkeiten, die sich selbst bei Intellektuellen einem gegenseitigen Verstehen über die staatlichen und kulturellen Grenzen hinweg in den Weg stellen, denkt man an all die Vorsichtsmassnahmen, die getroffen werden, um unseren Jugendlichen beim Eintritt ins Leben seelische Erschütterungen zu ersparen, dann ist man erstaunt, mit welcher Unbekümmertheit man Mitbürger in ein menschliches Abenteuer treibt, für das sie nur ungenügend vorbereitet wurden.

Diese grosse Aufgabe hat einerseits den Charakter äusserster Dringlichkeit, anderseits ist sie von grosser Tragweite, da der dargelegte zweite Aspekt in Zusammenarbeit mit der Gruppe III in Angriff genommen werden muss.

Die Wichtigkeit einer Integrationspolitik mit doppelter Wirkung ist zu einsichtig, als dass ich hier länger darauf eingehen müsste.

Manche Breschen sind bereits geschlagen worden und erweisen sich als bedenklich für den künftigen inneren Frieden unseres Landes: Im Industriebezirk von Lausanne fragte ein Lehrer eine Reihe Spanierkinder, ob sie später einmal Schweizer werden wollten. «Keine Spur!» lautete die Antwort, «die Schwarzen in USA sind amerikanische Bürger geworden, aber nichts hat sich geändert. Man verachtet sie genau so wie vorher.»

Sicher soll man sich vor falschen Schlussfolgerungen hüten, aber wir sind verpflichtet, derartige Reaktionen nicht zu unterschätzen. Gewisse Minderheiten sind oftmals ausschlaggebender als die

schweigende Mehrheit. Sicher müssen wir viel konkrete Verwirklichungen ins Auge fassen; alles Handeln muss aber auch in die menschliche Umwelt mit einbezogen werden. Der Waadtländer Schriftsteller Edmond Gilliard hat uns mit der folgenden lapidaren Formulierung daran erinnert, die eine Art Umkehrung des bekannten Goethe-Zitats darstellt: «Der Taten sind genug geschehen, nun lasst ein Wort mich hören!» In unserem kleinen Land fehlt es weniger an Taten als vielmehr manchmal an einem bestimmten befreienden Wort. Möge es unserer gemeinsamen Arbeit entspringen!

Gruppe III: Studiengruppe für die prospektive Erforschung der grundlegenden Voraussetzungen eines inneren Ausgleichs

Die Aufgabe dieser Gruppe bestünde darin, die späteren Konsequenzen der verschiedenen durch die beiden anderen Gruppen ausgearbeiteten Lösungen abzuwägen.

Wir sind auf der einen Seite gezwungen, unsere Zukunft mit Rücksicht auf den fremden Beitrag, die Beisteuer der ausländischen Arbeitskräfte zu gestalten. Auf der anderen Seite müssen wir das Fremdarbeiterproblem aber auch unter Berücksichtigung bestimmter gebieterischer Forderungen, gewisser Maximen und feststehender Grundregeln unseres staatlichen und kulturellen Lebens behandeln. Es geht nicht nur darum, die ausländischen Arbeitskräfte zu integrieren, wir müssen auch unserem Volk einen Weg zeigen, der es der Schweiz ermöglicht, trotz allen Aenderungen gewisser wirtschaftlicher Strukturen, das zu bleiben, was sie ist.

Ein junger Wirtschafswissenschafter sagte mir kürzlich: «Warum sollen wir uns vor einer noch viel mächtigeren Expansion fürchten? Im Grunde sehe ich nicht ein, weshalb wir in 50 Jahren nicht eine Schweiz mit 20 Millionen Einwohnern haben sollten!» Es brauchte schon einen Jeremias Gotthelf, um ihm zu antworten.

Wir leben nicht nur von unserem Einkommen. Gewiss, wir müssen um den Ertrag besorgt sein: «primum vivere» sagt man mit Recht, aber dazu brauchen wir auch optimale Lebensbedingungen. Die Schweiz verliert jede Sekunde einen Quadratmeter Ackerland. In der Antike haben Rom und Athen die Wälder an den Gestaden des Mittelmeeres abgeholzt: so verschwand im Laufe von 200 Jahren der Humus, den die Natur während 20 000 Jahren geduldig auf dem Felsboden angehäuft hatte.

Natürlich, man kann dieses Problem bagatellisieren, aber man muss an die denken, die nach uns kommen.

Die Gruppe III müsste also die grundlegenden Voraussetzungen dafür erarbeiten, dass unsere Generation nicht das wirklich Wichtige dem momentan Vordringlichen zum Opfer bringt. Ramuz forderte, man solle sich vor denen hüten, die nur an das Heute denken.

Eine Boeing verbrennt und lässt während einer einzigen Atlantiküberquerung in Rauch aufgehen, was die Natur in mehreren Jahrhunderten geschaffen hat.

Die Rendite eines Betriebes ist nicht immer mit dem Interesse des Ganzen auf lange Sicht vereinbar, und zu oft hat der Einzelne lediglich seine eigene Zukunft im Auge, statt die Zukunft allgemein zu sehen. So sollte auch in unserer Integrationspolitik und in unseren kulturellen Anliegen – vielleicht ohne deswegen zu bremsen – das Zufällige vom Wesentlichen unterschieden werden.

Werden wir in dieser immer weitergehenden Entwicklung, deren Ende bis jetzt nicht abzusehen ist, die junge Generation auf dem hohen moralischen Stand halten können, dass sie die Herausforderung des Schicksals annimmt, die André Siegfried einmal so formuliert hat: «Schweizer sind zur Ueberlegenheit verurteilt»? Denkt man an unsere Schulen, so könnten einen in dieser Hinsicht Zweifel überkommen. Aus Zürich schreibt mir ein Familienvater: «Eines meiner Kinder, das die Primarschule noch nicht abgeschlossen hat, bekommt nun bereits den neunten Lehrer. Es wird somit weniger gelernt haben als ich in seinem Alter. Das ist Fortschritt mit Rückwärtsgang.»

Was für die Schule zutrifft, gilt auch für andere Bereiche. Zu einem Zeitpunkt, da die Schweiz wegen der beschleunigten Industrialisierung und der Bevölkerungsvermehrung mehr und mehr ihren naturgegebenen Möglichkeiten entfremdet wird, da wir selbst immer mehr zu künstlichen und verwundbaren Lebewesen werden, benötigen wir in jedem Milieu und auf allen Stufen der Hierarchie immer intensiver gebildete Leute.

Es gilt also, bestimmte Lücken bei unserer vorausplanenden Arbeit zu vermeiden, denn die Maschine könnte sonst eines Tages mangels geeigneten Betreuungspersonals stillstehen.

Ich wiederhole es: Wir sind die Herren eines «Commonwealth», einer «Grossmacht en miniature». In dieser Beziehung wiegt unsere menschliche Verantwortung jenseits der Landesgrenzen stets schwerer. Unser Denken muss grosszügiger sein als das unserer Vorfahren; aber auch unsere Wachsamkeit muss schärfer werden. Gilbert Cesbron sagt: «Glückliche Völker haben keine Geschichte... Die andern sorgen dafür, dass sie eine bekommen.» Das Jahr 1970 mit seinen Tragödien hat uns leider die Richtigkeit dieses Satzes bewiesen.

Wenn wir über die grosse Armee unserer ausländischen Mitarbeiter in der Schweiz und im Ausland eine Art Verfügungsgewalt ausüben («Verfügungsmacht» nannte sie Karl Marx), dann können anderseits auch sie uns tiefgreifend beeinflussen. Für uns geht es darum, treu zu unserer Eigenart zu stehen und dabei doch Solidarität mit denen zu üben, die mit ihrer Arbeit dazu verhelfen, unsere materielle Position aufrechtzuerhalten.

So würde sich also aus der Arbeit der Gruppe III eine Art Leitbild der Schweiz herauskristallisieren, das für die Gesamtheit unserer Studien und Forschungen richtungweisend sein könnte.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir wollen die Schweiz so sehen, wie sie bei ständiger Anwesenheit eines Grossteils unserer Gastarbeiter werden soll.

Ich habe versucht, das Problem zu skizzieren und es in den Gesamtrahmen hineinzustellen. Ich hoffe, diese Art der Darstellung in grossen Linien kann uns zeigen, welche Aufgaben es in Zukunft zu erfüllen oder zurückzuweisen gilt. Diese Darlegung entspricht rein persönlichen Beobachtungen und Ueberlegungen. Sicher gibt es noch andere Probleme, sicher auch noch andere Zugänge zu ihnen. Man könnte sich auch andere Ausgangspunkte, eine andere Konzeption vorstellen. Wesentlich aber ist, dass wir ein System finden, in das jeder Teilaspekt, auch der heute noch nicht voraussehbare, eingegliedert werden kann und in dem er seinen Platz findet.

Dr. Charles-Frédéric Ducommun, Bern

25 Jahre nach Hiroshima

«An jenem Morgen spielten meine Brüder und ich im ersten Stockwerk. Auf einmal blitzte es grell, und unser Haus stürzte ein. Wir waren alle ganz verwirrt.»

Jener Morgen, das war der 6. August 1945, und der «Blitz», das war die erste Atombombe, die auf eine Stadt fiel. Die Stadt hiess Hiroshima. Das japanische Mädchen, das sich so an jenen grauenhaften Tag erinnert, ist heute eine Frau und etwa 34 Jahre alt, eine von den 130 000, die den «Blitz» überlebt haben. 260 000 wurden innert einiger Sekunden getötet, 160 000 wurden verletzt oder sind vermisst.

Zwei Tage später, am 8. August 1945, fiel eine zweite Bombe auf die Stadt Nagasaki. Hier gab es 80 000 Tote und Verletzte. Aber ihr «Ertrag» war noch beeindruckender. Im kleineren Nagasaki zählte man nämlich 16 500 Tote pro Quadratkilometer, während es in Hiroshima «nur» 12 000 waren . . .

Von den Ueberlebenden sind Tausende erblindet; bei den Strahlenopfern hat man zehn verschiedene Krebsarten festgestellt. Die meisten leiden auch an Depressionen.

Nach dem «Blitz» über Hiroshima und Nagasaki hatte Japan vor den Amerikanern kapituliert. Der Preis des Krieges war dem Kaiser und seiner Regierung zu hoch geworden. So ging der Zweite Weltkrieg zu Ende.